

**Antrag an die Bundesmitgliederversammlung zum (Datum): 6.-7. Mai 2017**  
**Eingereicht am: 15.02.17**

**Antragsteller/in (Name, Vorname, Wohnort):**

Moritz Klingmann  
Villinger Straße 109  
78166 Donaueschingen

Ralf Scherer  
Grimmelfinger Weg 7  
89077 Ulm

**Thema des Antrags:**

Volksentscheids-Kampagne mit Großflächenplakaten zur Einführung des bundesweiten Volksentscheids im Umfeld der Bundestagswahl 2017

**Einleitung:**

Noch nie waren die Bedingungen in Deutschland, den bundesweiten Volksentscheid durch eine Parlamentsentscheidung einzuführen so günstig wie heute. Mehr Demokratie kann einen entscheidenden Beitrag leisten, dieses Momentum zu nutzen. Bei der vorgeschlagenen sehr gezielten öffentlichkeitswirksamen Wahlkampagne steht der Informationscharakter im Vordergrund, da es sich um eine Sachentscheidung handelt. Der möglichst massive Einsatz von Großflächenplakaten ist notwendig, da diese den öffentlichkeitswirksamen optischen Aufhänger für die Kampagne bilden. Die Großflächenplakate werden zu mindestens 90 Prozent in 2 Schüben, der erste ca. 10 bis 8 Wochen vor der Wahl und der zweite unmittelbar vor der Wahl und bis zum Wahltag platziert. Dafür ist ein hoher finanzieller Einsatz des Vereins und aller potenziellen Spender erforderlich. Der Mindestbetrag wird mit 200.000 EUR allein für die Großflächenplakate (und andere entsprechend wirkungsvolle Werbeflächen) veranschlagt. Die Parolen der Plakate informieren über die Rolle der CDU als der Partei, die die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene bis heute verhindert hat, sie lauten:

**Seit über 60 Jahren verhindert die CDU den Bundesweiten Volksentscheid!**

**Bei den Koalitionsverhandlungen 2013 hat Angela Merkels CDU den bundesweiten Volksentscheid verhindert!**



**Begründung:**

Durch den neuen Spitzenkandidaten der SPD, durch die innere Zerrissenheit der Union in zahlreichen Punkten, ergibt sich bei dieser Wahl ein noch vor kurzem nicht vorhersehbares und seit Jahrzehnten einmaliges Momentum. Es scheint möglich, dass die Union und im Besonderen die CDU unter 30% Stimmenanteil sinken könnte. Damit würde sich die Möglichkeit eröffnen, im künftigen Bundestag eine Mehrheit für die Verankerung des bundesweiten Volksentscheids im Grundgesetz zu erreichen. Gleichwohl ist die politische Lage komplex: Das Brexit-Referendum in Großbritannien, das anstehende Referendum in der Türkei (Ausgang derzeit ungewiss), das Anwachsen rechter Parteien und Bewegungen, die ihrerseits lauthals Volksentscheide fordern, diese besorgniserregenden Entwicklungen können auch bei denjenigen Parteien, die seit langem für die Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf Bundesebene eingetreten sind, den Einsatz für den bundesweiten Volksentscheid erlahmen lassen. Ralf-Uwe Beck hat diese Gefahr in einem Kommentar vom 11.10.2016 treffend benannt und dabei die direkte Demokratie als „Frustschutzmittel“ empfohlen. Die vorgeschlagene Kampagne wird

daher vor allem dann zum Erfolg beitragen können, wenn sie dieser komplexen Gemengelage Rechnung trägt.

1. Bei den genannten Parolen handelt es sich um völlig sachlich formulierte Informationen zur politischen Haltung der CDU/CSU. Ihre Wirkung auf die Wähler werden sie durch diesen Informationscharakter entfalten. Noch bedeutsamer ist ihre Wirkung auf die Parteien. Die CDU/CSU-Kandidaten, werden sich an die Großflächenplakate vor der letzten Bundestagswahl erinnern. Sie werden sich überlegen, ob sie noch oft solche Plakate im Vorfeld von Wahlen sehen wollen. Die Kandidaten der anderen Parteien werden sich überlegen, wie sie ihre eigene Position in Sachen bundesweiter Volksentscheid nach außen vertreten wollen, ob sie also ihre bisherige positive Haltung zu Volksentscheiden bekräftigen.
2. Es kommt dabei sehr darauf an, mit welchen Argumenten Mehr Demokratie die Kampagne, die durch die Großflächenplakate ihre äußere Form bekommt, begleitet. Dabei ist es wichtig, das Initiativrecht der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen. Während Regierungen und selbst autokratische Regime Referenden mitunter dazu benutzen, ihre Macht zu festigen, bereichert die dreistufige Volksgesetzgebung über Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid die repräsentative Demokratie um völlig neue Qualitäten im Sinne sachbezogener und verantwortlicher Entscheidungsfindung. Es zeigt sich immer mehr, dass diese Qualitäten, die mit der dreistufigen Volksgesetzgebung einher gehen, für unsere zukünftige Demokratie überlebensnotwendig sein werden.
3. Zur Begründung unseres unkonventionellen Vorgehens ist es hilfreich zu betonen, dass wir gegenwärtig mangels einer Alternative die Möglichkeit nutzen, für die Bundestagswahl zu einer Sachentscheidung über die zukünftige Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens aufzurufen. Das heißt, wir erklären die Bundestagswahl zu einer Entscheidung über die Einführung des bundesweiten Volksentscheids und da ein Sachentscheid bisher verhindert wurde, hätte in diesem Fall die Partei den Schaden, die dieser Sache entgegensteht. Selbst wenn nur wenige die Frage nach dem Volksentscheid zu einem wesentlichen Maßstab ihrer Entscheidung erheben sollten, ist das Signal dennoch von Wert. Wir nähern uns damit der alten und nach wie vor richtigen Forderung von Mehr Demokratie so weit wie möglich:

#### **VOLKSENTSCHEID ÜBER DEN VOLKSENTSCHEID!**

Wir stellen diesen Antrag in der Hoffnung, dass auf Seiten des Vereins und auch seines Vorstandes das politische Bewusstsein bereits vorhanden ist, die sich bei dieser Wahl bietende Chance in jedem Fall zu nutzen. Es geht, wie wir alle wissen, auch darum, nicht auf längere Zeit revanchistischen und reaktionären Kräften das Feld zu überlassen. Wie gehen davon aus, dass Mehr Demokratie mit einer solchen Kampagne viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen und insgesamt an politischem Eigengewicht substantiell gewinnen kann.

Die Ereignisse der letzten Monate haben noch einmal verdeutlicht, dass politische Kampagnen auch jenseits des Mainstreams sehr erfolgreich sein können, wenn sie mit der nötigen Entschiedenheit betrieben werden. Dies sollte nun doch auch einmal in den Dienst einer Sache gestellt werden, die unsere Demokratie neu beleben kann, anstatt sie Stück für Stück zu untergraben.

Wir bringen den Antrag auf die Durchführung dieser Großflächenkampagne (entgegen unserer ursprünglichen Absicht) ein, weil wir diejenigen sind, die die Erfahrungen mit dieser Kampagnenform bereits in der Vergangenheit mit großem persönlichem Einsatz ermöglicht haben.

Um die Kampagne erfolgreich werden zu lassen wird es diesmal auf eine konsequente Vorbereitung und Koordination der Vorgehensweise ankommen. Die Vorbereitungen (Festlegung und Buchung bundesweit geeigneter Flächen für die Plakatierung) können mit der Einreichung dieses Antragstextes bereits beginnen.

#### **Abstimmungsfrage:**

Die Mitgliederversammlung möge sich mit ja dafür aussprechen, die von den Antragstellern vorgeschlagenen Kampagne in der oben beschriebenen Weise mit Großflächenplakaten und einem Budget, das allein für die Plakataktion über 200.000 EUR vorsieht, durchzuführen.